

Signal setzen – Klarheit schaffen

IT-Konsolidierung des Bundes mit Nachdruck weiterverfolgen

Behörden Spiegel: Sie waren maßgeblich an der IT-Konsolidierung des Bundes seitens des Parlaments beteiligt. Wie soll es hier weitergehen und was muss eine neue Bundesregierung aus Ihrer Sicht unternehmen, um den eingeschlagenen IT-Konsolidierungsprozess zu verfestigen?

Brandl: Die neue Bundesregierung muss gleich zu Beginn der Legislaturperiode, am besten schon im Koalitionsvertrag, ein starkes Signal in Richtung der Behörden setzen, dass die Konsolidierung ein unumkehrbarer Prozess ist und mit großem politischen Nachdruck weiterverfolgt wird.

Behörden Spiegel: In der letzten Legislaturperiode sind die vom Haushaltsausschuss bewilligten Mittel für die IT-Konsolidierung des Bundes auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag hochgeschwemmt. Wie erklärt sich das?

Brandl: Die Bundesregierung hat den Mehraufwand uns gegenüber im Wesentlichen mit drei Faktoren begründet. Erstens, statt bis Ende 2022 80 Prozent sollen nun bis Ende 2023 100 Prozent der konsolidierungsfähigen IT der unmittelbaren Bundesverwaltung bei einem der zentralen IT-Dienstleister gebündelt werden. Zweitens, die BWI muss als zweiter Dienstleister ertüchtigt werden und drittens haben erste Erfahrungswerte aus Behörden-

projekten dazu geführt, dass die Kostenschätzungen nach oben angepasst worden sind. Für mich entscheidend ist aber erst einmal nicht die theoretische Kostenschätzung für 2022 oder 2023, sondern der konkrete Projektfortschritt 2017 und 2018.

Behörden Spiegel: Es gab eine Umfrage nach einem Präsentations-Contest bei zahlreichen Bundesbehörden. Vorgestellt haben sich die beiden infrage kommenden IT-Partner BWI und ITZBund. Nach unseren Informationen haben sich 75 Prozent dafür entschieden, von der BWI betreut zu werden. Wie ist dies einzuschätzen und ist das überhaupt realistisch?

Brandl: Diese Entwicklung bereitet mir große Sorgen. Die BWI kann auch nicht zaubern und nichts ist schlimmer als einmal enttäuschte Erwartungen. Wenn die Konsolidierung gelingen soll, dann brauchen wir dafür neben der BWI ein starkes ITZBund. Dafür haben wir es seit seiner Gründung Anfang 2016 mit viel Geld und Mühen ertüchtigt. Die Mitarbeiter

(BS) Die IT-Konsolidierung des Bundes wird auch in der kommenden Legislaturperiode eines der zentralen Modernisierungsprojekte des Bundes sein – und darüber hinaus. Der Abgeordnete Dr. Reinhard Brandl war in der nun ablaufenden 18. Legislaturperiode im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatter für die IT-Konsolidierung. Zu seinen Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung und dem weiteren Fortgang des Konsolidierungsprozesses befragte ihn Behörden Spiegel-Chefredakteur R. Uwe Proll.



Dr. Reinhard Brandl (CSU) sitzt seit 2009 als direkt gewählter Abgeordneter des Bundeswahlkreises Ingolstadt im Deutschen Bundestag. Foto: BS/Allan Riedel

leisten dort großartige Arbeit. Es muss jetzt aber gelingen, mehr Behörden davon zu überzeugen, dass das ITZBund ein leistungsfähiger und kundenzentrierter Partner ist.

Behörden Spiegel: Während die BWI nach wie vor eine GmbH bleibt, ist für das ITZBund zwar durch Kabinettsbeschluss die Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) vorge-

sehen, doch es gibt eine Evaluationsphase dafür. Was ist Ihre Ansicht zur Organisationsform des ITZBund?

Brandl: Persönlich halte ich die AöR-Entscheidung für richtig. Das Problem ist aber nicht die Frage Behörde, GmbH oder AöR, sondern, dass die Entscheidung so lange in der Schwebe war. Die Evaluationsphase kann man jetzt wieder als Hintertürchen verstehen. Die Kunden wollen einfach wissen, woran sie sind und wer was in Zukunft beim ITZBund zu sagen hat. Wenn das ITZBund an dieser Stelle nicht bald Klarheit schafft, wird der Trend in Richtung BWI weitergehen. Das können wir uns aber mit Blick auf den Gesamterfolg der IT-Konsolidierung nicht leisten.

Behörden Spiegel: Die Digitalisierung wie auch die IT-Kompetenz war bisher auf mindestens sechs Ressorts verteilt. Wie sind Ihre Vorstellungen für eine sinnvolle Bündelung der IT-Kompetenz des Bundes auf der einen Seite und der Digitalisierungsfragen auf der anderen Seite? Sollte beides besser als bisher zusammengeführt werden? Welches Ressort sollte Ihrer Meinung nach in Zukunft die Federführung hier innehaben?

Brandl: Die Digitalisierung ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe mit vielen Facetten, die auch weiterhin in allen Ressorts bearbeitet werden muss. Trotzdem brauchen wir vor allem für den Bereich der IT-Konsolidierung und damit verbunden der Verwaltungsmodernisierung in Zukunft eine starke koordinierende Stelle mit Entscheidungskompetenz über Ressortgrenzen hinweg. Für mich ist dabei nicht entscheidend, wo diese Stelle angesiedelt wird. Viel wichtiger ist, dass in Streifragen schnell eine eindeutige Entscheidung getroffen wird und keine "politischen" Kompromisse geschlossen werden müssen.

MACHEN SIE IHRE